

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Verlagsort:
Tageblatt-Rieser
Jahrgang Nr. 22
Börsenplatz Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Bauverwaltungsausschusses bestimmes Blatt.

Verlagsort:
Dresden 1590.
Groschen
Riesa Nr. 22

Nr. 164.

Sonnabend, 16. Juli 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Debit. Für den Fall des Untertrens von Produktionsverhältnissen, Erhöhungen der Mähe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Kundgebotes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Rubrik 10 Pfennig, für die 2. Spalte 20 Pfennig; die 3. Spalte 30 Pfennig; die 4. Spalte 40 Pfennig; die 5. Spalte 50 Pfennig; die 6. Spalte 60 Pfennig; die 7. Spalte 70 Pfennig; die 8. Spalte 80 Pfennig; die 9. Spalte 90 Pfennig; die 10. Spalte 100 Pfennig. Zeitraumberechnung und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. "Anzeigen an der Spitze". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlagsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostelstraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Schwere Unruhen und Zusammenstöße in Wien. 40 Tote, 200 Verwandete. — Der Justizpalast niedergebrannt. — Generalstreik.

In Wien haben große Massen von Arbeitern, aufgeführt durch kommunistische Agitatoren, den Wiener Justizpalast in Brand gesetzt. Barricaden in den Straßen ausgehoben und einen groß angelegten Angriff gegen die bestehenden Organisations des Staates in die Wege geleitet. Bis jetzt sind es bereits 4 Tote gegeben haben und zahlreiche Verwundete. Ueber den Ausgang der Kämpfe ist im Augenblick, wo diese Seiten geschrieben werden, noch nichts Näheres zu erfahren. Die unmittelbaren Ursachen, die zu diesen Krawallen führten, sollen angeblich in der Empörung der sozialdemokratischen und kommunistisch eingestellten Arbeiter über das Urteil im Schattendorf-Prozess zu suchen sein. Am Tage vorher wurden nämlich von dem Wiener Schwurgericht drei Mitglieder des Frontkämpferbundes von der Anklage der Ermordung des Kronkämpfersbundes von der Anklage der Ermordung von einigen Schutzbündlern freigesprochen. Das Untersuchungsergebnis und das Zeugnisverhör soll erwiesen haben, daß die drei Täter nur aus Notwehr gehandelt hätten. Man kann sich vorstellen, daß die links eingestellten Wiener Zeitungen während und nach Abschluß der Verhandlung es wohl verstanden haben, diese Angelegenheit im Interesse parteipolitischer Propaganda weidlich aufzunehmen. Es darf daher nicht wundernehmen, wenn angeblich dieser tendenziösen Berichterstattung über den Gerichtsverlauf die Wiener Arbeiterbewegung die Urteilsverkündung als ein kaum glaubliches Fehlurteil betrachtete und nur zu bereit sich, ihrer Empörung einen recht drastischen Ausdruck zu geben. Immerhin wäre es wohl niemals zu diesen gewaltigen Ausschreitungen gekommen, wenn nicht die Kommunisten die willkommene Gelegenheit ergriffen hätten, die Demonstrationen zu ihren späteren Ausschreitungen auszubauen. In Wirklichkeit hat es sich zu Beginn auch nur um eine Demonstration gehandelt. Das ist schon die Tatsache, daß nun, nachdem die Massen zugewandert in die Gebäude der Behörden eindrangen, und die sozialdemokratischen Parteifunktionäre das Menschenmögliche taten, um die Massen wieder zu beruhigen. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß diese Krawallen niemals diese Ausdehnung gefunden hätten, wenn die staatlichen Behörden von Beginn an mit etwas mehr Energie gegen die Tumultuanten eingeschritten wären. Mühte man doch hören, daß zwei Stunden nach der Eröffnung der "Reinheitskammer" die Polizei aus allen Straßen zurückgezogen wurde. Und so erst nach Platz für Brandstiftungen und Plünderungen geschaffen wurde. Diese Schwäche der Wiener Regierung läßt es auch als unwahrscheinlich erachten, daß sie aus diesen traurigen Vorfällen die allein notwendigen Folgerungen zu ziehen beachtet. Der 15. Juli war eine offene Kampfangelegenheit aller sozialistisch eingestellten Kreise Österreichs gegen die bürgerliche Regierung und gegen die Parteien, die hinter ihr stehen, also eine Kampfangelegenheit gegen die Verfassung. Man darf gespannt sein, ob das Wiener Kabinett Energie aufbringen wird, um hier in der richtigen Weise einzugreifen.

Die Vorgeschichte der Ausschreitungen.

Die Wiener Ausschreitungen haben folgende Vorgeschichte:
Am 30. Januar hatten in dem Orte Schattendorf an der ungarischen Grenze gleichzeitige Versammlungen des nationalsozialistischen Frontkämpferbundes und des Republikanischen Kampfbundes stattgefunden. Es kam zwischen den beiden Organisationen zu Reibereien. Als am Abend die Mitglieder des Frontkämpferbundes abrückten, wurden auf dem Fenster eines Gasthauses Schüsse abgegeben, die einen Kriegsschädigten und ein Kind töteten und etwa 30 Ortsbewohner verwundeten. Als Täter wurden die beiden Söhne des Gastwirts sowie deren Schwager verhaftet. In dem Prozeß zeigte sich, daß im Burgenlande in mehreren Dörfern ein großer Gegensatz zwischen den Frontkämpfern, die zum Teil auch mit Ungarn sympathisierten, und dem Sozialdemokraten existierten war. Die Vertreter der Angeklagten, aber auch die Vertreter der Privatkläger hielten in dem Prozeß leidenschaftliche politische Reden.
Als vorachtern spät abends der Freispruch in Wien bekannt wurde, bemächtigte sich bereits der vor dem Bundesgericht wartenden Menge eine ungeheure Aufregung. Zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern kam es noch in der Nacht zu Schlägereien, so daß die Polizei die Straße mit blanker Waffe räumen mußte. Als heute durch die Zeitungen der Freispruch in der ganzen Bevölkerung bekannt geworden war, wuchs die Erregung derart, daß in zahlreichen Fabriken und Werken die Arbeit niedergelegt wurde und große Demonstrationen sich nach dem Ring in Bewegung setzten. Die Arbeiter der Elektrizitätswerke hatten außerdem zwischen 8 und 9 Uhr den Starkstrom ausgeschaltet, so daß in ganz Wien die Straßenbahn auf offener Straße stehen blieb.

Wien, 16. Juli. Das freisprechende Urteil gegen drei Frontkämpfer, die bei einer Schießerei in Schattendorf (Burgenland) einen Mann und ein Kind getötet hatten, hat gestern in Wien zu schweren Arbeiterkrawallen geführt. In zahlreichen Industriekbetrieben erfolgte eine teilweise Arbeitsniederlegung. Viele Arbeiter marschierten in langen Reihen zur Universität, zum Rathaus und zum Parlamentgebäude. Das Rathausgebäude an den bedrohten Stellen war viel zu gering. Ein Sturm auf die Universität mißlang, so daß sich die Demonstration damit be-

gannen mußten, die Fenstererbsen einzuschlagen. In sehr schweren Zusammenstößen kam es vor dem Parlamentsgebäude und dem Rathaus. Es fiel ein Schuß, der angeblich aus einem Fenster abgefeuert wurde. Dieses Haus wurde gekürrt. Die Situation wurde so kritisch, daß die Wachmannschaften von der Waffe Gebrauch machen mußten. Sie feuerten zunächst Schrottschüsse ab, mußten dann aber scharf feuern, als die Menge nicht weichen wollte. Größere Abteilungen des Republikanischen Kampfbundes rückten an, um zwischen der Polizei und den Demonstranten zu vermitteln. Begegnungserweise besaßen sich unter den Demonstranten zahlreiche Frauen. Auf Intervention des Bürgermeisters hat der Polizeipräsident die Wachen angewiesen, von der Waffe nur Gebrauch zu machen, wenn sie selbst bedroht sind.

Wien, 15. Juli, 10.15 Uhr. Die telegraphische und telefonische Verbindung mit Wien ist unterbrochen.

Prag, 15. Juli, 10 Uhr. Die Telefonverbindung mit Wien ist unterbrochen.

Budapest, 15. Juli. Die telephonische Verbindung mit Wien ist um 19 Uhr mitteln in einem laufenden Gespräch unterbrochen worden. Auf späteren wiederholten Anruf gab die Wiener Telefonzentrale der Budapest Zentrale keine Antwort.

Wien, 16. Juli, 18.50 Uhr. (Privatmeldung.) Jenerläufige Feststellungen über die Zahl der Opfer der heutigen Unruhen an der Ringstraße waren bisher ungenügend. Eine amtliche Meldung, die von zwei Toten sprach, soll nicht die privaten Meldungen aber, die von 8 oder 9 oder einer noch erheblich größeren Zahl von Toten wissen wollen, beruhen lediglich auf unkontrollierbaren Gerüchten. Wien, 15. Juli. Der Platz vor dem Justizpalast ist noch immer stark besetzt. Man hört hier und da noch Schüsse fallen. Die Gebäude der Reichspost und der Wiener Neuesten Nachrichten sollen nach Berichten von Augenzeugen stark beschädigt worden sein. Manuskripte und Bücher wurden auf die Straße geworfen. Die Fenster zertrümmert und die Schalter von der Mauer herabgerissen. Die verlaute, gab es einige Tote. Amlich wurde hierüber noch nichts veröffentlicht.

Wien, 15. Juli. Die Wiener Polizeidirektion veröffentlichte eine Bekanntmachung, in der darauf hingewiesen wird, daß die Ereignisse, deren Schauplatz heute Wien war, das schärfste Einschreiten der Sicherheitsorgane zur Wiederherstellung der gehörten öffentlichen Ruhe und Ordnung erheische. Er werden daher auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit alle Ansammlungen und Zusammenrottungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, alle gegen die Behörden und deren Organe gerichteten Kundgebungen, jede Nichtbefolgung der geschmähten Anordnungen der Sicherheitsorgane und jede Störung des Verkehrs überhaupt verboten. Uebertretungen dieses Verbots werden bei Vorliegen eines strafgerichtlichen Tatbestandes unverzüglich der Abhandlung durch die Strafgerichte zugeführt. Die Sicherheitsorgane sind angewiesen, gegen Gesetzesvertrörer mit aller Strenge vorzugehen und die behördlichen Anordnungen nötigenfalls mit allen ihr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Zwangsmitteln durchzusetzen. Die Polizeidirektion richtet an alle Kreise der Bevölkerung die dringende und ernste Mahnung, sich im Interesse des Gemeinwohls streng auf den Boden des Gesetzes zu stellen und nicht zuzulassen, daß verbrecherische Elemente ihre listigen Ziele erreichen und die Ruhe und Ordnung in der Republik Österreich zu stören versuchen.

Der Angriff auf den Justizpalast.

Wien, 15. Juli. Im Justizpalast auf dem Schmerlingplatz, der von Demonstranten, und zwar hauptsächlich von Kommunisten besetzt ist, brach kurz nach Mittag ein Brand aus. Das Innere des Gebäudes war zunächst von den Demonstranten verwüstet worden. Dann wurden die Möbel und vor allem Kleinfische, darunter auch wichtige Material, wie Grundbücher usw., in die Vorkasse geschleppt, und in Brand gesetzt. Bald sah man Flammen und Rauch aus den Fenstern des Erdgeschosses und des 1. Stockwerks schlagen. Eine starke Feuerwehreinheit, die sich dem Gebäude nähern wollte, wurde von einer mehr als tausendköpfigen Demonstrationenmenge angehalten, beschimpft bedroht und mußte unerrückter Dinge wieder abziehen.

An Stelle der Polizei, die vom Parlament zurückgezogen werden mußte, haben nur starke Abteilungen des Republikanischen Kampfbundes den Ordnungsdienst in der Umgebung des Parlamentes übernommen. Auch große Abteilungen von uniformierten Straßenbahnern beteiligten sich an diesem Dienst. Es wird behauptet, daß ein Teil der Kampfbundisten mit Stahlhelmen und Waffen ausgerüstet gewesen sei.

Die Mitwirkenden sind heute nicht erschienen, ebenso wenig werden auch die Abendblätter erscheinen können. Die Unruhen beschränken sich fast ausschließlich auf den verhältnismäßig kleinen Bezirk zwischen dem Justizpalast, Parlament, Rathaus und der Universität. In der Stadt herrscht normales Leben. Der Straßenbahn- und Omnibusverkehr ist jedoch eingestellt.

Ministerrat in Wien.

Preßburg. (Funknachr.) Aus Wien wird gemeldet: Gestern nachmittag wurde ein mehrköpfiger Ministerrat abgehalten, zu dem auch Polizeipräsident Schöber, Generalpostdirektor Hohenstein und die leitenden Beamten des Bundeskanzleramtes hinzugezogen waren. In den Abendstunden fand eine Aussprache zwischen dem Bundeskanzler und dem sozialdemokratischen Abgeordneten, Bürgermeister Selz und Dr. Bauer statt. Die Regierung hat alle Vorkontingen getroffen, um ein Wiederauflauern der Unruhen in den folgenden Tagen nach Möglichkeit zu verhindern. Darüber, ob und wann der Nationalrat einberufen werden soll, um zu der durch die Unruhen geschaffenen politischen Lage Stellung zu nehmen, ist noch keine Entscheidung getroffen, obwohl diese Frage der Gegenstand von Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler und der früheren Opposition war. Der Ministerrat hat sich für permanent erklärt. Er ist heute früh ohne weitere Einberufung im Bundeskanzleramt zusammengetreten.

Wien, 15. Juli. Nach einer Meldung aus Wien erklärte der Chef der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft, daß nach seiner Kenntnis die Zahl der Opfer bisher bei 40 Tote und 200 Verwundete beträgt. Der riesige Justizpalast ist ein einziges Flammenmeer, über das die Flammenhöhen 20 Meter hoch zusammenstiegen. Eine gewaltige Rauchwolke bedeckte den Himmel. Die Morgenzeitungen werden nicht erscheinen können. Der Bahnverkehr auf der Süd- und Westbahn ist immer noch unterbrochen. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Nach Mitternachtsstunden aus Wien ist es der Polizei in den Abendstunden gelungen, die Auffständischen bis in die Vorkasse zurückzudrängen. Weiter wird von einem Eingreifen der Militärmacht berichtet. Um 7 Uhr abends ist vor dem Parlament ein Bataillon Infanterie mit Maschinengewehren aufmarschiert, um das Gebäude zu schützen. Anherz nach Wien in den übrigen Bundesländern herrscht vollkommene Ruhe. Nach Ansicht der Blätter ist nicht anzunehmen, daß selbst wenn es zur Ausübung einer sozialistischen Republik käme, die übrigen Bundesländer dem Völkchen leisten würden.

Ein Bericht von zutändiger Stelle.

Preßburg. (Funknachr.) In einem aus Wien von zutändiger Stelle verbreiteten Bericht wird über den Verlauf der gestrigen Ausschreitungen u. a. berichtet:

Da keine Aussicht bestand, auf andere Weise die Ordnung wiederherzustellen, und die Veruche einlaer Ordner, die Massen zu beruhigen, erfolglos blieben, mußte sich die Polizeibehörde entschließen, mit Gewehren ausgerüstete Abteilungen zu entsenden, die, als sie in der Vorkasse, in der Nähe des Rathauses, von Demonstranten nicht nur mit Steinen und anderen Wurfgeschossen bemorien, sondern auch angegriffen wurden, von der Schutztruppe Gebrauch machten und den Platz mit Gewalt räumten. Gleichwohl hat auch die mit Gewehren bewaffnete Sicherheitswache, als sie mit Schüssen empfangen wurde, in der Umgebung des Justizpalastes einige Schüsse abgegeben und die Ordnung wiederhergestellt, jedoch nur die Feuerwehre nun eingreifen und den Brand im Justizpalast lokalisieren konnte. Auch zwei Zeitungsredaktionen, die Wiener Neuesten Nachrichten und die Reichspost, wurden von Demonstranten angegriffen, wo sie das Mobilar zerstörten und die Manuskripte zerrissen. Die Veruche, auch die Maschinen zu vernichten, wurden durch die inzwischen vertriebene Polizeiwache vereitelt. Am Nachmittag war die Sicherheitswache damit beschäftigt, durch größere mit Gewehren ausgerüstete Bataillone zu Fuß und zu Pferd die Reste der Demonstranten zu zerstreuen und die Ruhe wieder völlig herzustellen. Die Pläne in der Umgebung des Nationalrats und des Justizpalastes sind von Militär besetzt. Ein Gefährdung des Eigentums ist nirgends erfolgt. Die Sicherheitsbehörde ist vollkommen Herrin der Situation.

Eine Reihe von Betriebsverammlungen beschloß, sofort die Arbeit niederzulegen und auf die Ringstraße vor das Parlament und das Rathaus zu ziehen. Gegen 9.30 Uhr morgens trafen die ersten Lüge vor dem Parlament ein. Es wurde eine Abordnung in das Parlament entsandt, um gegen das Urteil zu protestieren. Die demonstrierenden Arbeiter warteten in Ruhe. Inzwischen aber war von der Polizeidirektion ein Trupp bewaffneter Polizisten zum Parlament entsandt worden. Ihr Führer gab keine Plausibilität ohne ausreichenden Grund den Befehl, die Straßen vor dem Parlament zu räumen. Dem Vorgehen der Polizei wurde Widerstand entgegengekehrt. Dies hatte zur Folge, daß Polizeitruppen aus allen Stadtteilen herbeigeholt wurden. Es entspann sich vor dem Parlament ein Hin und Her, wobei wahrscheinlich dem gewalttätigen Vorgehen gewalttätige Abwehr entgegengekehrt wurde. Es sollen gegen die Wache Steine geworfen worden sein. Nun hieß die Polizei mit Säbeln ein. Bald fielen auch Schüsse der Polizei. Die Rettungsgesellschaft war andauernd mit der Vergung der Toten und Verwundeten beschäftigt. Der Waffengebrauch der Polizei machte die Erregung der Demonstranten zur heißen Luft an.

(Weitere Meldungen an anderer Stelle.)